



Nr. 49

Berlin, 20. Dezember 2006

Inhalt:

Europäischer Abend im dbb - Heesen: Wir werden uns weiter für europäische Integration engagieren+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW: Eigenständiges Beamtenrecht ist zwingend notwendig+++

BBB: Flexible Ruhestandsgrenzen für Landesbeamte sind angebracht+++

dbb nrw: Gesetzesnovelle würde Mitbestimmungsrechte massiv einschränken+++

dbb sachsen-anhalt: Chance auf Gleichbehandlung der Statusgruppen wurde vertan+++

Kommunikationsgewerkschaft DPV: Wegfall von 1.800

Ausbildungsplätzen ist beängstigendes Signal+++

VBE: Für eine nationale Bildungsstrategie fehlt der politische Wille+++

Polizeigewerkschaften DPoLG und bgv: Verzögerung bei Einführung des Polizei-Digitalfunks ist nicht länger nachvollziehbar+++

Namen und Nachrichten +++

aktuell

Europäischer Abend im dbb - Heesen: Wir werden uns weiter für europäische Integration engagieren

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat das Engagement der Dachgewerkschaft für eine starke und geschlossene Europäische Union bekräftigt. Gut zwei Wochen vor dem Start der deutschen EU-Präsidentschaft sagte Heesen am 13. Dezember 2006 auf einem „Europäischen Abend“ im dbb forum berlin: „Wir glauben an den europäischen Integrationsprozess. Der dbb wird sich auch weiterhin in diesen Prozess einbringen, der den Menschen Frieden und Wohlstand sichern soll.“

Die Gestaltung eines solidarischen, europäischen Sozialmodells zähle zu den ganz großen Herausforderungen der Gegenwart. Dabei komme dem öffentlichen Sektor - also öffentlichem Dienst und Daseinsvorsorge - ein besonderer Stellenwert zu. „Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass die staatlich übernommene Verantwortung für den sozialen Frieden eine der größten Errungenschaften unserer Demokratie ist“, sagte Heesen.

Vom deutschen Vorsitz im Europäischen Rat erhoffe er sich ein „Signal für ein soziales Europa, das die Menschen wieder begeistert, ihnen ein neues Ziel aufzeigt“, fügte Heesen, der auch Präsident der Akademie Europa der

CESI ist, hinzu. Zugleich zeigte er sich optimistisch, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Einigung „stärker ist als manche Referenden glauben machen“.

„Die Bedeutung des öffentlichen Sektors in einem sozialen Europa“ beleuchtete Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Präsident der Europa Union Deutschland, in seinem Vortrag. Um die soziale Dimension Europas stritten im Anschluss die europapolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen. Die Podiumsdiskussion wurde moderiert von Alex Jakubowski (ARD Hauptstadtstudio).
(01/49/06)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW: Eigenständiges Beamtenrecht ist zwingend notwendig

(dbb) Der Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW) hält ein eigenständiges Beamtenrecht, das sich nicht am Tarifrecht orientiert, für zwingend notwendig. Keinesfalls sollten tarifvertragliche Regelungen des TVöD und des TV-L richtungsweisende Bedeutung für das zukünftige Beamtendienstrecht in Baden-Württemberg erhalten, weder in der Frage der Funktionsebenen noch bei der Besoldung oder der Leistungsbezahlung und Leistungsbewertung. Das hat der BBW-Vorsitzende Volker Stich am 18. Dezember 2006 anlässlich einer Fachkonferenz der Landesregierung zur Dienstrechtsreform in Baden-Württemberg deutlich gemacht.

Stich warnte auch davor, bestehende Regelungen über Bord zu werfen, die sich in der Vergangenheit als gut und richtig erwiesen hätten, oder die anstehende Reform für weitere Sonderopfer der Beamten zu missbrauchen. In seinem Plädoyer für den Erhalt eines eigenständigen Beamtenrechts hob Stich auch die unterschiedliche Bedeutung der Leistungsbezahlung im Beamten- und Tarifrecht hervor. Für den BBW sei Beförderung nach wie vor das zentrale Instrument zur Honorierung überdurchschnittlicher Leistung. Deshalb sollten Beförderungen auch in Zukunft vorrangiges

Mittel der Leistungshonorierung und der Motivation sein. Ein wichtiger Kernpunkt der anstehenden Reform sei es daher, ausreichend Beförderungsstellen zu erhalten, Stellenhebungen zu schaffen und leistungshemmende Beförderungssperren aufzuheben.

Leistungsprämie- und Leistungszulagen sollten nach Auffassung des BBW lediglich als zusätzliche Honorierungsinstrumente sein und ausschließlich „on top“ sowohl an Einzelpersonen wie auch an Teams vergeben werden können.
(02/49/06)

BBB: Flexible Ruhestandsgrenzen für Landesbeamte sind angebracht

(dbb) Die Ankündigung des bayerischen Finanzministers, das Ruhestandsalter der bayerischen Beamtinnen und Beamten analog zu den Regelungen im Rentenbereich vom 65. auf das 67. Lebensjahr anzuheben, sind beim Bayerischen Beamtenbund (BBB) auf Kritik gestoßen. Der BBB bekräftigte seine grundsätzliche Forderung nach flexiblen Regelungen mit dem Hinweis auf die von den Landesbeamten in den vergangenen zwölf Jahren geleistete Mehrarbeit.

Seit 1994 wurden bei den Beamten 40 Wochenstunden, seit 2004 42 Wochenstunden gearbeitet, während im Tarifbereich die wöchentliche Arbeitszeit von 38,5-Stunden erst nach Inkrafttreten des neuen TV-L Anfang November 2006 auf 40,1 Stunden heraufgesetzt wurde. Angesichts dieser Vorleistungen hält der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann flexiblere Möglichkeiten für den Übergang in den

Ruhestand, die Raum für besondere Altersgrenzen und individuelle Bedürfnisse lasse, für angebracht: „Anstatt diejenigen, die nicht mehr können, durch Abzüge von den Bezügen zu bestrafen, sollte es denjenigen, die länger arbeiten wollen, auch ermöglicht werden, das zu tun,“ machte Habermann am 13. Dezember 2006 in München deutlich.
(03/49/06)

dbb nrw: Gesetzesnovelle würde Mitbestimmungsrechte massiv einschränken

(dbb) Die Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Novellierung des Personalvertretungsgesetzes (LPVG) und die Ankündigung, im öffentlichen Dienst des Landes weitere 12.000 Stellen abzubauen, sind beim dbb nrw auf scharfe Kritik gestoßen. „Arbeitsmöglichkeiten und Rechte für Personalräte sollen in NRW in weiten Teilen abgebaut werden, damit die Landesregierung anschließend ungehindert Personal reduzieren kann! Das ist weder demokratisch noch erforderlich. Das ist politischer Rückschritt“, empörte sich der Vorsitzende des dbb nrw Ralf Eisenhöfer am 18. Dezember 2006.

Eisenhöfer zeigte sich zudem enttäuscht über das Verhalten des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und seines Innenministers Ingo Wolf. Beide hätten den Gewerkschaften frühzeitige und umfassende Information und Beteiligung im Laufe der Gesetzgebungsverfahren angekündigt: „Wir haben den Eindruck, dass uns Herr Rüttgers mit seinen Ankündigungen nur ruhig stellen wollte. Von einer Einbindung und frühzeitigen Information sind wir weit entfernt. Daher ziehen wir aus dem Umgang der Lan-

desregierung mit dem Gewerkschaften nun unsere eigene Schlüsse und erklären den Schmusekurs für beendet,“ heißt es in einer gemeinsam mit dem DGB NRW verfassten Presseerklärung des Landesbundes.

Beide Dachgewerkschaften signalisierten der Landesregierung, dass sie von nun an in geschlossener Front gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten vorgehen werden.
(04/49/05)

dbb sachsen-anhalt: Chance auf Gleichbehandlung der Statusgruppen wurde vertan

(dbb) „Mit dem Beschluss zum Haushalt 2007 haben die Regierungsfractionen von CDU und SPD die Chance vertan, den viel beschworenen Gleichklang zwischen den Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst herzustellen“. Mit diesen kritischen Worten hat der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Maik Wagner, am 14. Dezember 2006 in Magdeburg auf die mangelnde Bereitschaft der Landesregierung reagiert, die Landesbeamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu beteiligen.

Die Beamtinnen und Beamten in Sachsen-Anhalt blieben nach dieser Haushaltsentscheidung bis auf unbestimmte Zeit die im Bundesvergleich am schlechtesten bezahlten – ein Zustand den dbb Chef Wagner so nicht hinnehmen möchte: „Sollten sich die Koalitionäre bei der Besoldungsanpassung nicht auf uns zu bewegen, wird der dbb sachsen-anhalt zu weiteren Protestaktionen aufrufen“, warnte er.

Erst am 13. Dezember 2006 hatten rund 100 Beamte zu Beginn der Kabinettsitzung vor der Staatskanzlei Magdeburg für die Anpassung ihrer Besoldung an die allgemeine Einkommensentwicklung protestiert und unter dem Motto „nichts als heiße Luft“ bunte Luftballons verteilt, um die eintreffenden Parlamentäre an ihre Pflicht gegenüber der Beamtenschaft zu erinnern.
(05/49/06)

Kommunikationsgewerkschaft DPV: Wegfall von 1.800 Ausbildungsplätzen ist beängstigendes Signal

(dbb) Mit Sorge hat die Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) auf Pläne der Deutschen Telekom AG reagiert, die Ausbildungsquote für das kommende Jahr drastisch herunterzuschrauben: Wurden in den vergangenen Jahren bundesweit noch 4.000 Ausbildungsplätze jährlich im Konzern vergeben, sollen 2007 in den 39 Telekom-Berufsbildungszentren nur noch 2.200 junge Menschen ausgebildet werden – 1.800 weniger als zuvor.

Die DPVKOM sieht in dieser drastischen Kürzung ein weiteres Indiz für verfehlte Personalpolitik: Bereits jetzt sei die Altersstruktur alles andere als ausgeglichen - das Durchschnittsalter der Beschäftigten liege bei über 46 Jahren. Eine Entwicklung, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Telekom AG auswir-

ken könnte: Schließlich sei die rasanten Veränderungen ausgesetzte Telekommunikationsbranche vermehrt auf junge Menschen angewiesen, da diese durch neue Ideen, ihre Wandlungsfähigkeit und ihre Dienstleistungskultur überzeugten.
(06/49/06)

VBE: Für eine nationale Bildungsstrategie fehlt der politische Wille

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) sieht die Qualität der Bildung durch die Auswirkungen der Föderalismusreform bedroht. „Die Wirren um den Hochschulpakt zeigen überdeutlich, wie der Bildungsbereich dem Machtpoker zwischen Bund und Ländern geopfert wird“, sagte der VBE-Bundesvorsitzende Ludwig Eckinger am 13. Dezember 2006 in Berlin: „Der VBE vermisst bis auf den heutigen Tag den politischen Willen, eine nationale Bildungsstrategie zu entwickeln.“

„Erst konnten die Länder den Mund nicht voll genug nehmen, jetzt geben sie zu, dass ohne die Gelder vom Bund die Hochschulen aufs Trockendock kämen“, ergänzte Eckinger mit Blick auf die vom Bund zugesagte finanzielle Unterstützung für die Universitäten. Dabei könne die so genannte Exzellenzinitiative nicht verdecken, dass die Aufteilung der Zuständigkeit von Forschung und Lehre zwischen Bund und Ländern zur Verzerrung des Bildungsauftrages der Universitäten führen werde. „Das Exzellenzkriterium muss sich an der Güte der Lehre wie der Forschung bemessen. Wenn Studienrichtungen ihre Daseinberichtigung

über Drittmittelinwerbung nachweisen müssen, darf das nicht als Exzellenz verkauft werden. Das hat fatale Auswirkungen auf die Qualität universitärer Ausbildung“, mahnte der VBE-Bundesvorsitzende.

Eckinger warnte auch davor, die Lehrerbildung an den Universitäten ins Abseits zu drängen. Schon jetzt herrschten an vielen Hochschulen unhaltbare Zustände mit überfüllten Seminaren und zu wenig Professorenstellen: „Wir müssen uns nicht wundern, wenn Lehramtsstudierende demotiviert werden und den Eindruck gewinnen, sie seien an der Universität das fünfte

Rad am Wagen.“ Deshalb sei es nötig, auch in der Lehrerausbildung Exzellenzprojekte zu

starten.
(07/49/06)

Polizeigewerkschaften DPoLG und bgv: Verzögerung bei Einführung des Polizei-Digitalfunks ist nicht länger nachvollziehbar

Mit Unverständnis haben Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoLG) und bundespolizeigewerkschaft (bgv) auf die erneute Verzögerung bei der Einführung des digitalen Funksystems für Polizei und Bundespolizei reagiert: Das Verfahren nehme mehr und mehr groteske Züge an, so die übereinstimmende Einschätzung beider Gewerkschaften.

„Nach der Absage der Innenministerien von Bund und Ländern an die Bahn-Tochter DB Telematik als Errichter und Betreiber des Digitalfunks fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen von der Politik verschaukelt“, so die erste Reaktion des DPoLG-Bundesvorsitzenden Wolfgang Speck nach bekannt werden der erneuten Verzögerung am 15. Dezember 2006. „Wir bleiben im kommunikativen Steinzeitalter“, konstatierte der bgv-Bundesvorsitzender Knut Paul am gleichen Tag: „Dies bedeutet weiterhin erhebliche Lücken im Sicherheitsnetz der Bundesrepublik Deutschland, hier hat der Föderalismus auf Kosten der Inneren Sicherheit versagt“, so Paul weiter.

Beide Gewerkschafter betonten die wichtige Rolle des Digitalfunks für die Sicherheitskräfte. Die digitale Übertragung von Polizeifunk und Daten sei nicht nur wichtig für das tägliche

Einsatzgeschehen und die Bewältigung von Großlagen. Sie ist auch im Kampf gegen terroristische Bedrohung unerlässlich, da abhörsichere Übertragung von Informationen und Lageplänen für alle mit der Inneren Sicherheit beauftragten Kräfte dringend notwendig sei.

bgv und DPoLG fordern die Politik in Bund und Ländern daher auf, endlich Vernunft walten lassen und die deutsche Kleinstaaterei nicht länger hochleben zu lassen. Das Hochtechnologieland Deutschland habe innerhalb der Europäischen Union beim Standard seines Polizeifunks inzwischen den letzten Platz eingenommen. So sei es traurige Realität bundesdeutscher Sicherheitspolitik, dass die Funkgeräte inzwischen älter sind als die Polizeibeamten, die sie benutzen.
(08/49/06)

Namen und Nachrichten

(dbb) Walter Spieß, der Vorsitzende des dbb hessen, feierte am 16. Dezember 2006 seinen 60. Geburtstag. Der gelernte Finanzbeamte, der seit 1989 hessischer dbb-Vorsitzender ist, begann sein Engagement in der Personalvertretung 1975 im Finanzamt Darmstadt und ist seit mehr als 20 Jahren Mitglied des Hauptpersonalrates beim Hessischen Finanzministerium. Anlässlich eines Geburtstagsempfangs, den der dbb Hessen für seinen langjährigen Vorsitzenden ausrichtete, nutzte auch der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen zusammen mit prominenten Vertretern der hessischen Landespolitik und des Hessischen Rundfunks sowie zahlreichen Freunden und Weggefährten die Gelegenheit, Walter Spieß persönlich zu gratulieren.

Knut Paul, der Vorsitzende der bundespolizeigewerkschaft bgv, hat beanstandet, dass in der Arbeitsgruppe des Bundesinnenministeriums zur Neustrukturierung der Bundespolizei weder die Gewerkschaften noch Vertreter der Bundespolizeiverbände oder Inspektionsleiter vertreten sind. Gegen eine Reform der Bundespolizei sei nichts einzuwenden, die Art und Weise der Ankündigung sowie der Durchführung sei aber nicht akzeptabel, sagte Paul am 13. Dezember 2006 in Berlin während eines Zusammentreffens mit den Bundestagsabgeordneten Ralf Göbel und Günter Baumann (CDU/CSU). Beide Politiker gehören dem Bundestagsinnenausschuss an.

Elterngeld und Elternzeit für Kinder, die ab dem 1. Januar 2007 geboren werden, sind

Themen der aktuellen Broschüre der dbb bundesfrauenvertretung. Die Informationsschrift enthält die wichtigsten Bestimmungen für Beamtinnen und Beamte, sowie Beschäftigte des Tarifbereichs und kann auf der Internetseite der bundesfrauenvertretung (www.dbbf.de) im PDF-Format heruntergeladen werden.

Mit Empörung hat der Vorsitzende des dbb saar, Artur Folz, auf den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günter Oettinger reagiert, der stark verschuldete Bundesländer wie das Saarland aufgefordert hatte, ihren Beamten das Weihnachtsgeld komplett zu streichen. Folz sprach von einer „arroganten und anmaßenden Einmischung in saarländische Angelegenheiten“, wie die Saarbrücker Zeitung und Bild Saarland in Ihren Ausgaben vom 12. Dezember 2006 übereinstimmend berichten. Auch sei ein Vergleich mit anderen Bundesländern nur zulässig, wenn alle Bezüge der Beamten berücksichtigt würden, wozu das Beförderungsvolumen ebenso gehörte, wie die Gewährung von Einmalzahlungen und die Höhe von Sonderzuwendungen, zitiert Bild Saarland den dbb Landesvorsitzenden: Die Saar-Beamten hätten ihren Beitrag zur Haushaltssanierung längst geleistet, so Folz weiter, und das zu einem Zeitpunkt, als das Saarland ihnen noch die vollen Bezüge gewährt habe.

Die am 12. Dezember 2006 von der niedersächsischen Landesregierung beschlossene neue „Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung“, die das Beurteilungssystem für die Beamten ab 2007 auf neue Grundlagen stellt, ist beim dbb niedersachsen auf wenig Gegenliebe gestoßen. „Uns stört, dass es viel zu viele Ausnahmen gibt“, sagte der nieder-

sächsische Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 13. Dezember 2006). Die neue Laufbahnverordnung, mit der die Landesregierung nach eigenen Bekunden „Schranken gegen zu freundliche Beurteilungen“ errichten möchte, greift aus Sicht des dbb niedersachsen zu kurz, da Hochschullehrer, Polizisten, Richter sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung von den neuen Beurteilungslinien ausgeschlossen sind.

Die geplante Zusammenlegung von Brief- und Paketversand wird nach Auffassung der Kommunikationsgewerkschaft DPV den Abbau von bis zu 3.000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Post zur Folge haben. Das berichtete die Berliner Morgenpost in ihrer Ausgabe vom 19. Dezember 2006.

Die Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Brigitte Stopp, hat die Landespolitikerinnen und Landespolitikern aufgefordert, sich endlich der enorm gestiegenen Verantwortung bewusst zu werden, die ihnen nach der Föderalismusreform für den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten übertragen worden ist. Andernfalls werde Rheinland-Pfalz wegen Nachwuchsmangels und Personalüberalterung gravierende Qualitätseinbrüche bei den öffentlichen Dienstleistungen in Kauf nehmen müssen, sagte Stopp auf der Hauptvorstandssitzung des dbb rheinland-pfalz am 12. Dezember 2006 in Mainz.

Die Redaktion von dbb aktuell wünscht allen Leserinnen und Lesern ein geruhsames Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr (09/49/06)

